

Konzeptloser Führungsstil und fahrlässige Pflege?

Beschäftigte der städtischen Altenheime beteiligten sich rege an einer Telefon-Aktion der GAL und deckten strukturelle Missstände auf – GAL sieht dringenden Handlungsbedarf

Immer wieder und gehäuft in letzter Zeit erreichten die GAL Beschwerden und Klagen über die städtischen Kliniken und Altenheime. Unzufriedene BewohnerInnen und PatientInnen, besorgte Angestellte und Angehörige machten ihrem Ärger Luft. Hinzu kam der aktuelle Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) über die Altenheime Antonistift und Bürgerspital, der aufhorchen ließ und alarmierende Signale setzte.

Von Seiten der Stadt versuchte man abzuwehren und hielt eine Anfrage der GAL vom öffentlich tagenden Stadtrat fern, um sie in eine nicht öffentliche Sitzung des Stiftungsrates der Sozialstiftung zu verweisen. Daraufhin wollte die GAL es genauer wissen und ging im März 2009 mit der Aktion „Sorgen- und Wünschetelefon für die Sozialstiftung“ an die Öffentlichkeit. Aufgerufen waren alle Betroffenen, anonym und vertraulich ihre Sorgen und Wünsche bei einer Telefonaktion oder schriftlich an die GAL zu melden.

Ziel der GAL war es, Missstände aufzudecken, beim Namen zu nennen und offen auf den Tisch zu legen. Nach eingehender Analyse sollte es dann Aufgabe der Verantwortlichen in Sozialstiftung, Politik und Personalrat sein, Abhilfe zu schaffen und positive Perspektiven zu schaffen.

Zahlreiche Menschen nutzten das Angebot. Insgesamt 34 Eingaben erreichten die GAL, davon enthielten nur vier Eingaben positive Rückmeldungen, 30 thematisierten zum Teil schwer wiegende Mängel und Kritik. Insbesondere Beschäftigte der Altenheime schienen auf dieses Ventil regelrecht gewartet zu haben. Sie machten mit 18 TeilnehmerInnen das Gros der kritischen Eingaben aus.

Schlechtes Arbeitsklima in den Heimen

Wie bei der Telefon-Aktion deutlich wurde, herrschen in den Altenheimen schlechtes Arbeitsklima und unguete Stimmung vor. 14 der 18 teilnehmenden Beschäftigten fühlten sich gemobbt, drangsaliert, schikaniert. Es fielen Begriffe wie Bloßstellung, Einschüchterung und Psychoterror. Geklagt wurde über unbegründete Versetzungen innerhalb der Heime und Stationen, welche als Strafmaßnahmen empfunden werden. Von Frust, Resignation und „innerlicher Kündigung“ war die Rede.

„Ich fühle mich wie vergewaltigt, denn ich muss meine Arbeit so erledigen, wie ich es normalerweise nie tun würde.“
Aus der schriftlichen Eingabe der Pflegekraft eines städtischen Altenheims



Das Antonistift – eines der beiden städtischen Altenheime

Photo: Erich Weiß

Hinzu kommt eine von allen Pflegekräften beklagte Arbeitsüberlastung, die vor allem durch eine neue Ablauforganisation zustande gekommen sei. Konkret wird bemängelt, dass immer mehr Aufgaben zusätzlich erledigt werden müssten, obwohl ohnehin schon in Mindestbesetzung gearbeitet werde – etwa Wäsche, Müllentsorgen, hausmeisterliche Tätigkeiten. Kranke KollegInnen würden kaum mehr ersetzt. Übergabezeiten zwischen den Schichten seien zu kurz anberaumt. Nicht selten kämen Engpässe vor, so dass eine Pflegekraft in der Nachtschicht vier Stockwerke mit 84 HeimbewohnerInnen zu betreuen habe. Viele schriftliche Berichtstätigkeiten müssten nach Dienstschluss oder gar zuhause erledigt werden, Ruhepausen fielen völlig weg, zum Essen komme man gar nicht mehr.

Pflegequalität leidet

Wie die Betroffenen schilderten, leidet die Pflegequalität unter diesen Umständen. BewohnerInnen würden „kurz und schmerzlos abgefertigt“, für menschliche Zuwendung sei keine Zeit, Baden sei Luxus, früher übliche Gruppenbeschäftigungsangebote seien Vergangenheit. Aber nicht nur das, es birgt auch Gefahren, wenn alte Menschen in ihrer Individualität nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden können, so dass einige Pflegekräfte vor einer „fahrlässigen Pflege“ warnten. Als erschreckende Folgen von Arbeitsüberlastung, schlechter Dienstplanung und mangelhaftem Informationsfluss zwischen den Schichten wurden folgende Einzelfälle bestä-

tigt: belegtes Zimmer übersehen, Fehler bei Medikamentengabe, ansteckende Krankheit nicht beachtet.

Dass solche Arbeitsbedingungen nicht ohne Folgen bleiben, ist zu erwarten. Acht der 18 anrufenden Beschäftigten gaben an, aufgrund dessen krank geworden zu sein, vier haben Arbeitsgerichtsprozesse angestrengt bzw. wollen dies tun. Versuche, hausintern Beschwerden oder Kritik vorzubringen, führten nach Darstellung der Betroffenen in der Regel zu Gegen- druck, Drohung und Versetzung.

Als Wendepunkt für die Verschlechterung der Arbeitssituation wird immer wieder das Jahr 2008 genannt, in dem eine neue Heimleitung zahlreiche Neuerungen in den Heimen einführte. Der neue Führungsstil sei konzeptlos, jeder Tag bringe neue überraschende und nicht überzeugende Anordnungen, die intransparent seien und häufig

nicht einmal schriftlich gegeben würden. Strukturen eines gewachsenen Organismus seien zerschlagen worden, die Beschäftigten würden heute nicht mehr wie früher in die Planungen einbezogen. Stattdessen seien unqualifizierte Personen an Schaltstellen platziert worden, die der Leitung die Stange halten. „Spione“ würden eingesetzt, um das Personal dazu zu bringen, sich gegenseitig zu kontrollieren und Kritik zu unterdrücken.

Sozialstiftung und OB spielen auf Zeit

In einem Gespräch der GAL-Fraktion mit dem Personalrat der Sozialstiftung bezeichneten die PersonalratsvertreterInnen die Ergebnisse der Telefonaktion als voll zutreffend. Die GAL bat sowohl den Oberbürgermeister als auch den Geschäftsführer der Sozialstiftung Frauenknecht um eine Stellungnahme. Antwort kam lediglich von Xaver Frauenknecht, der nach Rücksprache mit dem OB die Situation der Altenheime zum Thema in der nächsten Sitzung des Stiftungsrats (Anfang Juli) machen will. Von einer Stellungnahme fehlt jede Spur.

Politische Tatkraft sieht anders aus! Dabei wäre es dringend nötig, auf Beschäftigte und BewohnerInnen der Heime zuzugehen, ihre Sorgen ernst zu nehmen und Abhilfe zu schaffen. Die Heime brauchen eine Qualitätsoffensive und keine Hinhaltetaktik! Die GAL hat mit der Aktion aber hoffentlich etwas in Bewegung gebracht und bleibt natürlich an dem Thema dran. Freilich kann die GAL allein das Ruder nicht rumreißen ... sys

„Wir sollen vergraut werden!“

12 von 18 Beschäftigten äußerten den Verdacht, man wolle sie durch Mobbing und konstruierte Abmahnungen gezielt los werden, weil sie langjährige Angestellte mit noch alten Verträgen nach öffentlichem Tarif sind. Sie sollten, so ihre Vermutung, „vergraut“ werden, um sie durch neue Angestellte zu ersetzen, deren Arbeitsverträge über die Service GmbH der Sozialstiftung laufen. Diese werden schlechter bezahlt, haben nur befristete Verträge, weniger Urlaub und schlechtere Arbeitsbedingungen.

I N H A L T

Personaleinsparung auf Kosten der Lebensqualität

In den städtischen Altenheimen sind gute Betriebszahlen wichtiger als ein lebenswerter Tagesablauf für die alten Menschen.

Seite 2

Sozialstiftung verweigert Gründung eines Betriebsrats

Gewerkschaft ver.di strengt Gerichtsprozess an.

Seite 2

„Visionen wie bedingungsloses Grundeinkommen nicht verbieten lassen“

Im Gespräch mit der Bamberg-Forchheimer Bundestagskandidatin Lisa Badum

Seite 3

Gipsgebiss und Zinnteller, grüne Arbeitshose und eine Jonglage mit Sonnenblumen

Was sich die GAL-Stadtratsfraktion zum 25. Geburtstag von Bamberger Promis gewünscht und was sie bekommen hat.

Seiten 4 und 5

Wohin der Euro rollt

Wofür gibt die Stadt Bamberg eigentlich wie viel Geld aus? Eine Übersicht

Seite 6

gazz-Redaktion angeklagt: Nachspiel vor Gericht?

Die Berichterstattung in der gazz Nr. 72 über die „Sonne“ führte zu Unterlassungsklagen und Strafanzeige.

Seite 7

Streuobstwiesen warten auf Einhaltung des Versprechens

Ein Kommentar der Grünen Jugend

Seite 8

Sozialstiftung verweigert Gründung eines Betriebsrats

Gericht soll entscheiden, ob alle Unternehmen der Sozialstiftung einen Betriebsrat erhalten

Die Sozialstiftung Bamberg mausert sich immer mehr zum Großkonzern in der Region. Erst jüngst geriet sie in die Schlagzeilen, weil sie als örtlicher Krankenhausträger nun vermehrt Kassenarztplätze in der Umgebung aufkauft und Medizinische Versorgungszentren MVZ gründet. Die „Konkurrenten“ auf dem Gesundheitsmarkt – sprich frei niedergelassene Ärzte, aber auch die Träger anderer Kliniken sowie ihre politischen Verantwortlichen – riefen zum Protest auf und sprachen von „feindlicher Übernahme“.

Während sich die Sozialstiftung also von unternehmerischer Seite massiv ausbreitet und überall vernetzt, um Einfluss zu gewinnen, versucht sie auf der anderen Seite, genau dies herunterzuspielen und die Zusammenhänge ihrer Firmenneugründungen klein zu reden. Denn das Personal der Sozialstiftung und all ihrer Subunternehmen schickt sich an, einen Gesamtbetriebsrat für alle Betriebe zu gründen – und dage-

WANTED:

BetriebsRat

gen wehrt sich die Leitung der Sozialstiftung.

Hintergrund ist die Veränderung des Personalstatus seit Gründung der Sozialstiftung im Jahr 2004. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Beschäftigten Angestellte der Stadt und wurden deshalb durch einen Personalrat vertreten. Nun sind sie Angestellte der Sozialstiftung und ihrer Subunternehmen. Den Personalrat gibt es auch heute noch – er vertritt alle, die bei Gründung der Sozialstiftung schon in den Betrieben fest angestellt waren. Die seit her neu eingestellten Beschäftigten im Bereich Service (z.B.

Reinigung, Hauswirtschaft) haben derzeit keine Personalvertretung.

Deshalb will ver.di zusammen mit dem bestehenden Personalrat einen Betriebsrat gründen, der alle Beschäftigten gleichermaßen vertreten soll. Die Geschäftsführung wehrt sich dagegen mit der Begründung, die Sozialstiftung und die zu ihr gehörigen einzelnen Betriebe (siehe Kasten) seien deutlich voneinander abgegrenzt, selbstständig tätig und verantwortlich – insbesondere in Personalfragen. Kooperationen zwischen den Teilunternehmen ge-

be es nur durch gegenseitige Verträge und Dienstleistungen sowie durch unternehmensstrategischen Austausch.

Die Gewerkschaftsvertreter hingegen sehen klar einen einheitlichen Konzern Sozialstiftung. Sie wollen sich nicht mit vielen kleinen Betriebsräten abspesen lassen, die sie in jedem einzelnen Betrieb gründen könnten, deren Zusammenwirken in der Praxis aber schwer umsetzbar ist. Vielmehr wollen sie einen schlagkräftigen und einflussreichen Betriebsrat für den gesamten Konzern. Überdies hat ein Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz mehr Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten, als der bisher bestehende Personalrat.

Mittlerweile ist der Streitfall vor Gericht gelandet – die Gewerkschaft ver.di strengte eine Klage gegen die Sozialstiftung an. Im Mai gab es die erste Verhandlung, im Oktober 2009 geht es weiter.

Personaleinsparung auf Kosten der Lebensqualität

Gute Betriebszahlen sind offenbar wichtiger als ein lebenswerter Tagesablauf für alte Menschen. Das belegt die Entwicklung des sozialtherapeutischen Dienstes in den städtischen Altenheimen.

Bis 2008 gab es noch 6 MitarbeiterInnen (auf 5 Vollzeitstellen) im Rahmen des sozialtherapeutischen Fachdienstes im Antonistift und im Bürgerspital. Im Jahr 2006 boten diese TherapeutInnen 41 gruppen- und einzeltherapeutische Angebote pro Woche an, 705 BewohnerInnen nahmen daran teil. Sie machten Gymnastik und Gedächtnistraining, Programme zur Aktivierung, zum Erhalt der motorischen Fähigkeiten und zur sozialen Kompetenz. Zudem organisierten sie Geburtstags-, Weihnachtsfeiern und Sommerfeste sowie Veranstaltungen zusammen mit der VHS und anderen ehrenamtlichen Gruppen.

Sozialtherapeuten waschen und füttern

Doch im Jahr 2008 änderte sich das: Diese Angebote gibt es nicht mehr, denn der sozialtherapeutische Dienst wurde aufgelöst und seine MitarbeiterInnen in den normalen Pflegedienst eingegliedert. Andreas F., Susanne H.* und ihre KollegInnen arbeiteten seit diesem Zeitpunkt nicht mehr eigenständig, sondern wurden im Rahmen

des Pflegeschichtplans eingesetzt und hatten das zu tun, was andere Pflegekräfte in den Heimen auch tun: morgens beim Anziehen helfen, Zähne versorgen, waschen, Toilette, Essen eingeben – Grundpflege eben.

Das Einzige, was die Arbeit der Sozial- und Ergotherapeuten von der Arbeit der Pflegekräfte unterscheidet, ist, dass ihre Tätigkeit anders heißt: Nach der Lesart der Sozialstiftung ist es nicht so, dass sie waschen und füttern, nein, sie machen Esstraining und Waschraining – das gilt dann als eine ergotherapeutische Maßnahme. Und die wird – so ist zu vermuten – mit der Pflegeversicherung auch entsprechend anders (nämlich höher) abgerechnet.

Andreas F. ist mittlerweile nicht mehr bei der Sozialstiftung beschäftigt, er wurde nach seinen eigenen Worten „gezielt rausgemobbt“ und hat schließlich gekündigt. Ähnlich erging es anderen KollegInnen aus dem ehemaligen Sozialthe-

rapeutischen Dienst, von dem inzwischen nur noch zwei Beschäftigte (auf 1,5 Vollzeitstellen) übrig geblieben sind. Susanne H. hingegen ist vors Gericht gezogen.

„Therapie“-Tarnung für Grundpflege

Bei der ersten Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Bamberg spitzte der Vorsitzende Richter den Streitfall auf die Frage zu: Leistet Susanne H. nun Therapie oder Pflege? Deren Antwort – und zugleich ihr Grund, vor Gericht zu ziehen – ist eindeutig: Von Therapie kann hier nicht mehr die Rede sein. Zum einen, so Susanne H., fehle bei den ihr übertragenen BewohnerInnen das Therapieziel. Ein Esstraining oder Waschraining sei nur bei Menschen sinnvoll, die beispielsweise nach einem Schlaganfall oder einer

Operation noch das Potential haben, eine solche Selbständigkeit wieder zu erlernen – nicht aber bei Menschen, die einfach zu alt, zu unbeweglich und zu unsicher sind, um dies jemals wieder selbst zu tun.

Therapie im Schichtplan unmöglich

Zum anderen beweise auch ihre Aufnahme in den Pflegeschichtplan, dass sie künftig schlichtweg eine andere Pflegekraft ersetzen soll. Die bisher gewohnten und aus Susanne H.s Sicht für die HeimbewohnerInnen wertvollen Beschäftigungsangebote im Alltag finden nur noch sporadisch statt, da sie hauptsächlich mit Grundpflege beschäftigt ist und aufgrund der Schichtarbeit keine regelmäßigen Angebote mehr machen

Sozialstiftung Bamberg – was alles dazu gehört

Die Sozialstiftung Bamberg wurde 2004 gegründet, um im Auftrag der Stadt die städtischen Kliniken und Altenheime zu betreiben: Klinikum am Bruderwald, Klinikum am Michelsberg (ehemals St. Getreu), Antonistift, Bürgerspital. Zuvor wurden diese Betriebe in Eigenregie der Stadt geführt. Inzwischen hat die Sozialstiftung mehrere Subunternehmen gegründet bzw. übernommen, die ihr zu 100% gehören:

- Medizinisches Versorgungszentrum MVZ Dr. Schellerer GmbH und Klinik Dr. Schellerer GmbH → Neugründung 2006 in der ehemaligen Privatklinik Schellerer, Gebäude zu diesem Zweck gepachtet; von diesem MVZ gehen die Aufkäufe von Kassenarztplätzen in der Region aus
- Akademie GmbH → zur Ausbildung für Hebammen und Krankenpflege, zur Ausbildung für Altenpflege
- Medizinisches Versorgungszentrum MVZ am Bruderwald GmbH → Ärztezentrum in einem Neubau beim Klinikum, dazugehörig Hotel Somnia zur Unterbringung von Patientenangehörigen
- Saludis GmbH → ambulantes Reha- und Therapiezentrum im gleichen Gebäude wie MVZ am Bruderwald
- Service GmbH → über diese GmbH erfolgen Einstellungen von Personal in jedem Bereich (von ÄrztInnen über Küchen- und Reinigungskräfte bis zu Verwaltungsbeschäftigten)
- Energiemanagement GmbH → gegründet für den Einkauf von Energie für alle Betriebe unter dem Dach der Sozialstiftung



Karikatur: Christiane Pfohlmann

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76

Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

Ludwig Kestler

Solarthermie
Photovoltaik
Regenwassernutzung
Heizungsbau
Sanitär

Kundendienst Öl & Gas

Trattstr. 5 · 91362 Pretzfeld · Tel. (0 91 94) 4593
Fax (0 91 94) 79 55 18 · Mobil (01 71) 5 88 02 42

MUSSÄROL 
Bamberger Kräutergärtnerei

Gewürz- und Teekräuter
Duft- und Aromapflanzen
gentechnikfreies Ökosaatgut
Biopflanzenerde ohne Torf

Direktverkauf ab Gärtnerei: April – Oktober
Mi: 14.00 Uhr – 18.00 Uhr
Fr: 10.00 Uhr – 18.00 Uhr
Sa: 9.00 Uhr – 14.00 Uhr

Kräuter- und Gärtnerstadtführungen
Nürnberg Str. 86, 96050 Bamberg
Fon: 0951-22023, www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau

*Name geändert. Der richtige Name ist der Redaktion bekannt.

NAH- UND FERN UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenaufruf

96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Zeit für eine schöne Tasse Tee

Teegießerei
am Pfahlplätzchen

April - September
Dienstag - Samstag 11 - 18 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Oktober - März
Dienstag - Samstag 11 - 19 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Pfahlplätzchen 2 / 96049 Bamberg / Tel: 0951 - 297 25 95 / www.teegeeßerei.de



Eindeutige Sachlage

Photo: sys

Unser Baustellenmanager – das unbekannte Wesen

Sind Sie RadfahrerIn in Bamberg? Dann kennen Sie das. Man radelt arglos vor sich hin, es taucht eine Baustelle auf und der Fahrradweg ist wie vom Erdboden verschluckt. Bestenfalls gibt es noch eine Umleitungsrichtung, meist aber steht da nur ein Schild mit der lapidaren Aufforderung „Radfahrer absteigen“.

In einer Stadt, die aus Klimaschutz-, Umwelt-, Lärm- und Feinstaubgründen das Radfahren fördern will, sollte dies nicht passieren. Gefragt ist hier ein Baustellenmanagement auch für RadfahrerInnen, das sich Gedanken darüber macht, welche Alternativen man fürs Umfahren der Baustelle auf dem Fahrrad anbietet, wie man sie ausschildert und sichert.

Einen zuständigen Beamten in der Stadtverwaltung für ein fahrradfreundliches Baustellenmanagement hat die GAL (mit Unterstützung von ADFC, VCD und BN) moniert und beantragt. Und siehe da, einen solchen gibt es schon in der Stadtverwaltung. Zuständig ist der (sehr freundliche!) Herr Holger Zösch beim Ordnungsamt, Telefon 9182514 – und man kann sich jederzeit an ihn wenden, um Anregungen und Beschwerden bei „suboptimal“ gemanagten Baustellen aus Fahrradsicht loszuwerden. Na dann mal los, alle RadfahrerInnen, wachsam sein und bloß nicht hinterm (Baustellen)Berg halten mit Tipps und Vorschlägen ... sys

Im Gespräch mit

Lisa Badum

„Visionen wie bedingungsloses Grundeinkommen nicht verbieten lassen“

Am 27. September ist Bundestagswahl. Die grüne Direktkandidatin des Wahlkreises Bamberg-Forchheim heißt Lisa Badum. Sie ist gebürtige Forchheimerin und studiert in Bamberg Politikwissenschaft. Die 99z sprach mit der schlagfertigen 25-Jährigen über Gleichberechtigung, fränkische Politik und Griechenland.

99z: Lisa, wenn es im September in Bayern für die Grünen richtig gut läuft, wirst du als Nummer 15 auf der bayrischen Liste nach Berlin ziehen müssen. Hast du die Koffer schon gepackt?

Lisa (lacht): Dazu braucht es ein wirklich supergutes Ergebnis. Aber wer weiß? Wenn man die Grünen in Hessen anschaut, sind 15 Prozent zwar viel, aber nicht unmöglich. Mir kommt es aber nicht auf Berlin an, sondern darauf, einen engagierten Wahlkampf im Wahlkreis zu betreiben und möglichst viele Stimmen für einen Regierungswechsel zu gewinnen.

www.lisa-badum.de

99z: Und wie willst du dich für den Wahlkreis einsetzen?

Lisa: Wir müssen mehr Druck auf die Deutsche Bahn ausüben, dass der vierspurige S-Bahn-Ausbau bald kommt. Und vor allem muss das Streichen von ICE-Halten in Bamberg zurückgenommen werden. Langfristig muss sich die Autoindus-

trie in der Region umorientieren, um zukunftsfähig zu bleiben. Gerade in der Wirtschaftskrise dürfen wir uns nicht abhängen lassen.

99z: Welches Patentrezept hast du für die Lösung der Wirtschaftskrise?

Lisa: Auf jeden Fall ist es falsch, die neoliberale Politik der letzten Jahre weiterzuführen. Auch wir haben kein Patentrezept für die Lösung der Finanzkrise. Doch deutsche Unternehmen sind in allen Bereichen erneuerbarer Energien an der Weltspitze und in diesen zukunftsweisenden Bereich müssen wir weiter investieren.

Außerdem geraten durch die Wirtschaftskrise wichtige Themen wie Bildung, Gleichberechtigung und Bürgerrechte ins Hintertreffen, obwohl hier skandalöse Zustände vorherrschen.

99z: Zum Beispiel?

Lisa: Ich nenne nur wenige Fakten: Die Ökonomisierung der Bildung durch Studiengebühren wird vom Bundesverwaltungsgericht für rechtmäßig erklärt. Frauen verdienen nach wie vor 23 Prozent weniger als Männer. Die Datenschutzskandale bei Lidl, Bahn und Telekom spotten jeder Beschreibung, das BKA-Gesetz schränkt lange erkämpfte Grundrechte ein: Onlinedurchsuchungen sind nur in den seltensten Fällen verboten, Videoüberwachung ist möglich.

99z: Zu den Bürgerrechten könnte sich dein Gegenkandi-



Photo: Volker Ehnes

dat von der FDP ähnlich äußern.

Lisa: Natürlich gibt es gewisse Übereinstimmungen mit der FDP. Allerdings teilen wir keine Gesellschaftspolitik, die den Staat als notwendiges Übel ansieht und durch weitere Steuer-senkungen austrocknen möchte. Ein Gemeinwesen, in dem das Individuum nur über seine Leistung definiert wird, ist für uns Grüne sozialpolitisch undenkbar.

99z: Was ist richtige Sozialpolitik?

Lisa: Sozialpolitik darf die Menschen nicht nur mit Leistungsbezügen ruhig stellen, muss ihnen aber ein notwendiges Existenzminimum gewährleisten. Gerade jetzt sollten wir es uns nicht verbieten, Visionen von einem Strukturwandel in der Arbeits- und Sozialpolitik zu denken – wie etwa das bedingungslose Grundeinkommen.

99z: Und als letztes: Was machst du, wenn du keine Politik betreibst?

Lisa: Gern schaue ich zur Entspannung griechische Seri-

Lisa Badum kam zur den Grünen im Jahr 2005 – über die grüne Hochschulgruppe und vor allem über die damalige Bundestagsabgeordnete Ursula Sowa. 2006 war sie einige Monate im GAL-Vorstand tätig, bevor sie für zehn Monate in Thessaloniki (Griechenland) studierte. Seit Mai 2008 ist sie Mitglied des Forchheimer Kreistags.

en an. Obwohl sie zeigen, wie schlecht es in Griechenland um die Emanzipation bestellt ist, liebe ich dieses Land. Ich habe dort mein Auslandsjahr gemacht.

Die Fragen stellte Christoph Mann.

Brief
ans Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Betrifft: Kindergarten St. Martin

Bamberg, im Mai 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hey Andi, alter Gauner!

Da hast du ja wieder zum echt profimäßigen Polit-Coup angesetzt, als du die Medieninformation rausgehauen hast: „OB schaltet sich ein und schafft Interimslösung: Kindertagesstätte St. Martin zieht in die Mußstraße“. Du als Macher-OB, als Mann der Tat, als Kämpfer der Kuscheiltiere und Rächer der Ritterburgen.

Ist schon ein prima Einfall, die Kinder aus den verschimmelten Containern rauszuholen und übergangsweise im städtischen Anwesen Mußstraße 28 umzuquartieren. Aber Moment mal! Das hast du raffinierter Knabe in der Pressemitteilung natürlich wohlweislich verschwiegen: Dass die Idee gar nicht von dir, sondern von unserer GAL-Stadträtin Ulrike Heucken stammt. Sie hatte schon in einer Stadtratsvollsitzung angeregt, diese Möglichkeit mal zu prüfen, nachdem auch die Leiterin des Kindergartens in einem Telefongespräch diese Lösung ganz sympathisch fand.

Ganz gewieft warst du dann, als du kurz darauf im Jugendhilfeausschuss hast verkünden lassen, dass der Kindergarten nicht in die Mußstraße umziehen kann, weil dort die Räume „nicht kindgerecht“ seien. Und plötzlich, eine Woche später, wenn du's als deine Idee verkaufen kannst, geht's halt doch ... Alter Schlawiner!

Aber Schwamm drüber, Andi, du weißt ja, wie großzügig die GAL in Sachen Ideen-Klau ist. Und die Uli ist dir auch gar nicht böse, lässt sie dir ausrichten. Hauptsache, die Kinder werden künftig gut und gesund untergebracht.

Mit grinsenden Grüßen

Deine GAL Fraktion

Petra Friedrich

Buger Str. 78
96049 Bamberg

Bauzeichnungen und Denkmalpflege

Rat & Tat für Privat - vor Sanierung und Kauf

E-mail baupet@bnv-bamberg.de
Telefon 0951-20 34 99

Das neue digitale Kopier- & Druckzentrum

COPY SHOP

100 Buttons
25 oder 37 mm



89.-

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg
(im ehemaligen Bürozentrum Kutz)
Tel. 0951-982120, Fax 9821233

info@copy-shop-bamberg.de

tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr
Notdienst Telefon 0170 -6163532

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe

Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Ökologische Farben, Putze & Dämmstoffe aus einer Hand

Geisfelder Straße 8 * 96123 Litzendorf
Tel: 09505/6173 * Fax: 09505/95 01 33

Gipsgebiss und Zinnteller, grüne Jonglage mit Sonnenblumen

Zum 25. Geburtstag hatte sich die GAL freche Geschenke gewünscht und viele Überraschungen bekommen

Vor 25 Jahren, im Jahr 1984, zog die Grün-Alternative Liste GAL erstmals mit drei Stadträtinnen in den Bamberger Stadtrat ein. Bei der Kommunalwahl am 18. März 1984 hatte die GAL auf Anhieb 6,59 % der Stimmen erhalten und konnte fortan in Fraktionsstärke in der Lokalpolitik „mitmischen“.

Die Anfänge waren schwer: Nicht gerade gutbürgerlich gekleidet und ebenso wenig fein frisiert eckten die provokationsfreudigen GAL-Pioniere Rudi Sopper, Peter Gack, Gottfried Karl und als Nachrücker Christian Mose in ihrer ersten Stadtratsperiode immer wieder an. Oft wurden sie von ihren andersparteilichen KollegInnen nicht einmal begrüßt, erhielten selbstver-

angefangen hatten wir bei den KollgInnen im Stadtrat. Von der CSU wünschten wir uns ein „Gedicht mit schwarzem Humor“ und von dem als ebenso leutselig wie wendig bekannten Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Müller „das Fähnchen, das er immer in den Wind hängt“. Müller zeigte echten Witz, nahm nichts krumm und trug am 18. März beim Grünen Filmmittwoch im voll besetzten Lichtspielkino ein Gedicht vor, in dem er das „Fähnchen“ als poetisch-elegante Variante unterbrachte:



„... Ihr könnt reden, bis am die GAL(L) tut überschwapfn.
Zim Aufwischen brauch ich dann an drum Labfn.
Häng ich den dann zum Trockna auf – die Grina sin halt wie sie sind.
Dann hasst: Der Müller hängt sei Fähnla noch Wind ...“

Auch zum Grünen Filmmittwoch kamen Heinz Kuntke und Annerose Ackermann von der SPD-Fraktion, von der wir einen „sozialen Gewissensbiss“ erbeten hatten.

ständige Informationen nicht, wurden runde unterbrochen, mussten die ihnen zustehende Büroausstattung kämpfen usw.

25 Jahre später hat sich das wesentlich gewandelt. Nicht nur im Stadtrat, auch im gesamten politischen Leben Bambergers sind die „GALLierInnen“ inzwischen als feste und unausweichliche Größe anerkannt und nicht mehr wegzudenken.

Aber ein bisschen Provokationsfreude ist uns bis heute geblieben, und so hat sich die 992-Redaktion zur 25-Jahr-Feier eine besondere Aktion ausgedacht. Ganz keck haben wir uns Wünsche einfallen lassen, die wir an prominente Personen, Institutionen und WegbegleiterInnen der letzten 25 Jahre richteten. Es waren



dem Schenker oft ein gehöriges Maß an Selbstironie und satirischem Sinn sowie an Kreativität und Einfallsreichtum abverlangten. Per Post unterbreiteten wir jedem und jeder Einzelnen unseren jeweiligen Wunsch und waren darauf gespannt, was wir denn für eine Überraschung bekommen würden – denn in der 992 sollte darüber berichtet werden.

mit ihrem rot angemalten Gipsgebiss besondere Mühe gegeben. Norbert Tscherner vom Bamberger Bürgerblock überbrachte am selben Abend die gewünschte „Blockschokolade“.

Und Dieter Weinsheimer von den Freien Wählern kam mit den erhofften „drei Freilos“, die die GAL nun für Folgendes einlösen kann: einmal Beifall der FW-Fraktion im Stadtrat, einmal ein Gespräch mit den FW zu einem Thema ihrer Wahl, einmal ein Artikel der GAL in der Web-Zeitung der FW.

Die Bamberger Realisten erbrachten den eingeforderten „Beweis für die im Wahlkampf versprochene Kompetenz“ (eine Anspielung auf den penetranten BR-Wahlkampfslogan 2008) mit einer Kiste Bonbons, die beim Stadtmarketing vermutlich vom letzten Faschingsumzug übrig geblieben waren, und einem Plakatausschnitt mit dem Wort Kompetenz.

Einzig die FDP-Kollegin Gaby Seidl, von der wir uns eine „Freiheitsstatue“ gewünscht hatten, war wohl als Einzelkämpferin überfordert und nahm sich die Freiheit des Nichtreagierens.

Für großes Amüsement in der GAL sorgte die professionell-satirische Pressemitteilung aus dem Rathaus von Pressesprecherin Ulrike Siebenhaar. Von der Pressestelle hatten wir uns eigentlich einen Text zum Thema gewünscht, „warum eine starke GAL gut für ein starkes Bamberg ist“. So viel starke Stärke war wohl doch zu heikel, weshalb die Frontfrau für Öffentlichkeitsarbeit lieber den Wunsch aufgriff, der an den OB gerichtet war: Er sollte endlich „die Schublade“ rausrücken, „in der immer unsere Anträge verschwin-

den“. Das ebenso amüsante wie aufschlussreiche Ergebnis ist auf dieser Doppelseite zu lesen – und die GAL ist sicher: Jetzt kann es mit der Antragsbearbeitung im Rathaus ja nur noch besser werden. Das offizielle OB-Geschenk will Andreas Starke noch in der Vollsitzung im Mai überreichen (leider schon nach 992-Redaktionsschluss).

Weniger locker gab sich der OB aber dem Vernehmen nach bei anderen Geschenkwünschen, die wir an Teile der Verwaltung richteten. Wie man per Flurfunk im Rathaus hören konnte, sollten alle geschenklischen Gaben an die GAL vorher im Bürgermeisteramt genehmigt werden. Das führte wohl dazu, dass aus der behördlichen Ecke einige Geschenkeingänge ausblieben.

Der Entsorgungs- und Baubetrieb immerhin machte sich sogar bei e-bay auf die Suche nach der gewünschten „ausgedienten alten Parkuhr“, weil die Bamberger Altbestände bereits alle entsorgt waren, schickte uns dann aber ersatzweise ein Foto, um Geld zu sparen (sehr löblich).

Sogar im FT wurde man aktiv. Der Herausgeber Dr. Jungbauer schrieb wie gewünscht für die 992 einen Gastkommentar „Zum Stand der GAL-lischen Dinge“, in dem er einen interessanten analytischen Blick auf die GAL im Jahr 2009 wirft. Lediglich wenn Dr. Jungbauer bei der GAL „Provokation und Querdenkerei“ vermisst, kommt gerade der 992-Redaktion ihre Ausgabe 67 vom Sommer 2006 in den Sinn: Damals hatten wir mit unserer letzten Seite „Voll daneben“ die neue Gestaltung und, wie wir meinen, Boulevardisierung des Fränkischen Tags satirisch aufs Korn genommen. Und prompt hatte uns Jungbauer brieflich „Schmähhkritik“ vorgeworfen und mit gerichtlichen Schritten gedroht. Aber Schwamm drüber – über den lesenswerten Kommentar haben wir uns echt (ohne Schmäh) gefreut! Und die von der FT-Redaktion gewünschte „kleine Sonnenblume auf den Lokalseiten des FT am 18. März 2009“ schaffte es sogar bis auf die Seite 1 – gleich neben Barack Obama.

Besondere Mühe gab sich auch CSU-Stadtrat Franz Wilhelm Heller, von dem wir uns eine „grüne Fliege“ erbeten hatten. Er ließ sich gleich in Plakatgröße ablichten und bastelte an dieses Poster eine grüne Fliege (eine Einzelanfertigung aus seinem Bestand), so dass nun ein lächelnder grünfliegender Heller regelmäßig von der Wand herunter auf die Sitzungen im GAL-Fraktionsbüro blickt.

Xaver Frauenknecht, Geschäftsführer der Sozialstiftung schickte uns per Post ein „Katerfrühstück“ in Form von Süßigkeiten und Katzenfutter. Bürgermeister und Kulturreferent Hipelius ließ uns einen „grünen Kulturbeutel“ zukommen. Klaus Rubach, Chef der Stadtwerke, schenkte hingegen nicht

Arbeitshose und eine



die gewünschte „grüne Arbeitshose“ (in Anspielung auf den von der GAL kritisierten Hallenbadneubau), sondern eine grüne Arbeitshose mit Stadterke-Logo und Hinweis darauf, dass die GAL statt zu kritisieren doch lieber mit anpacken solle.

Viel Beifall erntete auch die von Mäc Härdter gewünschte „Jonglage mit Sonnenblumen“, extra einstudiert und durchgeführt beim Grünen Filmmittwoch. Und Erzbischof Dr. Ludwig Schick machte sich ernsthaft Gedanken über den Schutzheiligen für Klimaschutz, von dem wir ein „Heiligenbildchen“ erbeten hatten: Franz von Assisi ist seiner Meinung nach der Zuständige im Himmelreich.



Von den Bürgervereinen hatten wir uns Erde aus dem jeweiligen Stadtteil gewünscht. Erde bekamen wir vom BV am Bruderwald, BV Gereuth, BV Gaustadt (mit Samen), BV Mitte (mit Stachelbeerstrauch) und BV Kramersfeld sowie erdlose Glückwünsche vom BV Wildensorg, der übrigens auch am 18. März seinen 30-jährigen Geburtstag feierte.

Ein paar kleine Enttäuschungen gab es aber auch. Die Symphoniker hatten wohl keinen „grünen Taktstock“ oder fanden den Wunsch taktlos. Die Uni-Leitung sandte statt einem „Geistesblitz für ganz Bamberg“ ein paar warme

Medieninformation 129/2009 – Pressestelle Stadt Bamberg (Ulrike Siebenhaar)

Skandal im Bamberger Rathaus Schublade entpuppt sich als bodenlos

Einem Geburtstagswunsch der Grünen Alternativen Liste (GAL) ist es zu verdanken, dass ein jahrelanger Missstand im Bamberger Rathaus nun aufgedeckt wurde. Eine Schublade im Zimmer des Sitzungssekretärs entpuppte sich als wenig zweckmäßig, da bodenlos. Betroffen beteuerte Sitzungssekretär German Höppl, dass er davon all die Jahre nichts gewusst habe. Die Schublade sei bereits weit vor dem Einzug der GAL in den Stadtrat angeschafft worden. Damals war sie noch völlig intakt. Auf die Nachfrage hin, ob er sich nicht gewundert habe, dass die GAL zwar regelmäßig viele Anträge eingereicht hätte, diese jedoch nie bearbeitet werden mussten, zeigte sich Höppl ratlos. Oberbürgermeister Andreas Starke forderte eine lückenlose Aufklärung. Das corpus delicti, die besagte Schublade, befand sich ganz oben auf einem großen Schrank. Ihm sei von seinem damaligen Vorgesetzten gesagt worden, dass sie aus Synergiegründen immer erst dann zu leeren sei, wenn kein Antrag mehr hineinging, so Höppl. Das sei ihm als faire und praktikable Methode erschienen. Was Höppl über all die Jahre nicht auffiel, war, dass die Schublade sich nie bis zum Rand füllte. Erst jetzt wurde bemerkt, dass dem Möbelstück der Boden fehlt. Das Papier fiel stets zu Boden. Darunter stand ein riesiger Papierkorb der regelmäßig vom sehr sorgfältigen Reinigungspersonal des Rathauses geleert wurde. Entdeckt wurde der Skandal erst durch den Geburtstagswunsch der Bamberger Grünen Alternativen Liste (GAL) zum 25-jährigen Jubiläum. Sie hatte sich von Oberbürgermeister Andreas Starke eben jene Schublade gewünscht, in die alle GAL-Anträge gelegt werden. Als man sie holen wollte um sie einzupacken, wurde festgestellt, dass sie weder Anträge enthielt noch einen Boden hatte. Warum über all die Jahre hinweg das Fehlen der GAL-Anträge nicht bemerkt wurde, konnte sich bisher niemand erklären.



Allen SchenkerInnen: Vielen Dank!!!!



Photos: Christoph Götschel (1), Max Schaible (9)

Glückwünsche erreichten uns aus der Ferne, von Alexander Ochs – Gründungsmitglied der GAL, der heute als Galerist in Berlin und Peking lebt. Hier einige Auszüge:

Der Kopf ist rund

Die Besetzung des Erlweinschen E-Werks im Jahr 1981 gilt als der Quanten-Sprung Bamberger Sanierungspolitik und als Mutterleib der Bamberger Grün-Alternativen. Die meisten von uns waren mehr alternativ als grün, manche auch noch grün hinter den Ohren. (...) Nicht wenige der Bamberger Grün-Alternativen sind bis heute grau geworden, aber doch haben Sie dem Denken neue Richtungen gegeben und dabei auch Fehler gemacht: Fehler wie sie Menschen machen, wie sie sich in allen Bewegungen, in allen Gruppen und Initiativen entwickeln. (...) Heute erlebe ich Bamberg als eine relaxed-friedliche, zivile und grüne Stadt in der aber auch jede kleinste Veränderung sofort und vehement diskutiert und gewogen wird. (...) So neige ich mein kahles Haupt vor der Leistung derer, die in Bamberg die Abweichung verfolgten, von der Norm (und der Langweile!) und wünsche für heute und die Zukunft viele runde Köpfe, damit das Denken noch immer mit Spass die Richtung ändern kann.

Alexander Ochs



Anmerkungen zum Stand der GAL-lischen Dinge

Von Dr. Helmut Jungbauer

25 Jahre GAL-Fraktion im Bamberger Stadtrat – eigentlich hat man das Gefühl, die sind schon wesentlich länger am Werk. Schließlich sind ihre Gene ja unstrittig auf die 68-er zurückzuführen, als Bamberg ein bemerkenswertes Zentrum der außerparlamentarischen Opposition war, wo so manche progressive Rakete mit unkonventionellen Ideen gezündet wurde, auf die man heute so oft vergeblich wartet. Ist der alte Schwung etwa dahin?

Sicher ist in den zurückliegenden 25 Jahren von diesen GAL-thern viel bewegt worden. Manches, worauf wir heute stolz sind, gibt es ohne sie nicht, und einiges ist uns vielleicht erspart geblieben, was wir ohne ihren lästigen Widerstand aufs Auge bekommen hätten. Dafür Respekt – und „Danke!“

Heute aber kommt die GAL im Bamberger Stadtrat ein wenig bürgerlich, fast kleinbürgerlich daher. Listig und trickreich sind sie schon – insofern echte Gallier –, aber ihre Stärke war doch der Esprit, der provozierende, unkonventionelle Gedanken, die Querdenkerei, die Erschließung von kommunalpolitischem Neuland. Diese Tugenden sind in den Tretmühlen der täglichen Stadtratsarbeit offensichtlich ein wenig unter die Räder gekommen.

Gerade in jüngster Zeit sitzen die Bamberger GAL-ther eher im Bremserhäuschen als vorne auf der Lok. Das „qualifizierte Nein“, mit dem sonst im politischen Geschäft meist der Finanzminister das Fallbeil über Ideen, Vorschläge und Projekte auslöst, kommt

in Bamberg regelmäßig zuerst aus dem gallischen Hausendorf. Peter Gack, ihr Zucht- und Zinsmeister, einer der besten Köpfe überhaupt – und das in jeder Hinsicht –, der profunde Kenner des kommunalen Finanzsystems bis in die feinsten Verästelungen hinein, wacht mit biblischer Strenge über das Bamberger Haushaltsgebar. Wo aber bleibt das Konstruktive? Wo ist denn das Verkehrskonzept, das den Autofahrer nicht als den geborenen Verbrecher einstuft und das beim Stichwort „Ring“ nicht gleich zum Exorzismus aufruft? Wann dürfen wir denn mit dem konkreten Vorschlag der Gallier zur Sanierung jenes schlimmen innerstädtischen Hinterhofes zwischen der Langen Straße und dem Metznergelände rechnen, der dem Anspruch einer Stadt, die Weiterbe sein will, wahrlich nicht gerecht wird? Also, liebe GAL-ther, versammelt Euch zum 25-jährigen Jubiläum in der Dorfmitte, am Maxplatz, dort, wo Bamberg am trostlosesten ist. Legt die Filzpantoffeln und die Scheuklappen ab, tut den allzu scharfen Spitzer für den Rechenstift beiseite – und lasst endlich wieder einmal eine Ideenrakete steigen, die den finsternen Bamberger Himmel ausleuchtet. Das wünscht ich mir – und Euch – zum Jubiläum.



Wohin der Euro rollt ...



Die Stadt gibt jährlich eine ganze Menge Geld aus: Im Jahr 2007 waren das 155 Mio Euro im Verwaltungshaushalt (laufende Kosten) und 30 Euro im Vermögenshaushalt (Investitionen). Vieles davon sind gebundene Kosten (wie etwa für Personal, Unterstützungsleistungen nach dem Sozialgesetz u.a.) – über andere Ausgaben und Investitionen wiederum kann die Stadt selbst entscheiden.



Und an dieser Stelle wird Politik gemacht! Hier entscheiden die gewählten VertreterInnen des Volkes im Namen des Volkes, wo wie viele Euros hinfließen. Doch meist hat das Volk gar nicht den Überblick und schon gar keine Vergleichsmöglichkeiten zu den einzelnen Ausgabeposten, obwohl gerade der Einblick in den Kameralhaushalt einen guten Eindruck darüber verschafft, in welche Richtung die Politik einer Stadt geht.

Die 99Z hat deshalb einmal – ohne Anspruch auf Vollständigkeit! – eine aktuelle Übersicht darüber erstellt, wofür in Bamberg Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Die Zusammenstellung soll vor allem den Blick für Relationen und Gewichtung der einzelnen Posten schärfen. Sie gibt jedoch (in der Regel) keine Auskunft über den positiven oder negativen Standpunkt der GAL zu den jeweiligen Punkten.

sys / pega

Konzert- und Kongresshalle Erweiterung des Foyers und Neugestaltung des Vorplatzes	Eigenanteil der Stadt 2,2 Mio Euro (Gesamtkosten 6,5 Mio Euro) Der Beschluss zu dieser Maßnahme wurde im Hauruckverfahren außerhalb der Haushaltsberatungen gefasst; im Juni 2008 wurden außerplanmäßige Mittel bereitgestellt, Aufträge wurden bereits im Oktober vergeben, noch bevor der Bausenat die Baugenehmigung erteilen konnte.
Konzert- und Kongresshalle zusätzlich: Mehrzweckraum im Obergeschoß des erweiterten Foyers	150.000 Euro Kam als Nachschlag zur oben geschilderten Erweiterungsmaßnahme – auf Wunsch der Bamberger Symphoniker, die den Raum an 40 Tagen im Jahr mieten wollen.
Kronacher Straße , 3. Bauabschnitt zwischen Coburger und Hallstadter Straße	Eigenanteil der Stadt 3,6 Mio Euro (Gesamtkosten 8,3 Mio Euro)
Landesgartenschau , darunter: Uferwege Schiffbauplatz-Weidenufer-Uferholz Behelfssteg Kettenbrücke Treidelpfad	Eigenanteil ca. 19 Mio Euro (voraussichtlich) 600.000 Euro 1 Mio Euro 1,1 Mio Euro (bei Planung veranschlagt 650.000 Euro)
Sanierung Volkspark-Stadion mit neuer Haupttribüne zusätzliche Sanierungsmaßnahmen , um dem FC Eintracht Regionalliga-Spiele zu ermöglichen	Eigenanteil 2,1 Mio Euro (Gesamtkosten 2,8 Mio Euro) 775.000 Euro (wird zum größten Teil über Spenden finanziert)
Kauf eines Gebäudes in der Mußstraße (zur Nutzung durch das Umweltamt und die Konzerthallen GmbH)	1,7 Mio Euro
Umbau/Sanierung Stadtbad am Geyerswörth für den Tourismus & Kongressservice	3 Mio Euro jährliche Betriebskosten 33.740 Euro
Unterstützung für Basketball jährlich durch den Gesamtkonzern Stadt (inkl. Stadtwerke, Sparkasse)	300.000 Euro
beim Bau der Jako-Arena , damals Forum (Bereitstellung von Grundstücken, Erschließung, Lärmschutzwand usw.)	4,5 Mio Euro
Bauwendungen Sportzentrum Gaustadt	KEIN GELD BEREITGESTELLT Für den Haushalt 2009 hatte die Verwaltung 60.000 Euro beantragt um einen sportlichen Mindeststandard zu gewährleisten, in Gaustadt wartet man seit Jahren auf eine Sanierung.
Radverkehrsanlage Regensburger Ring	KEIN GELD BEREITGESTELLT Nötig wären 750.000 Euro, um den viel zu schmalen einseitigen Radweg aufzuheben, der dem heutigen Standard baurechtlich nicht mehr entspricht.
Bahnhofplatz (mit Fußgängertunnel, P&R-Anlage in der Brennerstraße, Radabstellanlage, Platzgestaltung, Busbahnhof für den Umlandbusverkehr)	Gesamtkosten ca. 15,4 Mio Euro (Eigenanteil der Stadt noch unklar) Es wurde Jahre diskutiert und das Projekt immer wieder aufgeschoben. Bisher kein Geld im Haushalt eingestellt, jedoch Bebauungsplanverfahren für Bereich Bahnhof-Brennerstraße läuft.
Neubau für Kindergarten St. Martin	1,2 Mio Euro stehen seit 2008/09 im Haushalt bereit – geschehen ist bisher nichts Projekt wurde jahrelang hinausgeschoben, seit 15 Jahren ist Kindergarten St. Martin in Containern untergebracht.
energetische Sanierung städtischer Gebäude	300.000 Euro Jahrelang hinausgeschoben, erst mit dem Konjunkturpaket* der Bundesregierung werden Mittel bereitgestellt: für Sanierung Grundschule Gaustadt (Eigenanteil 300.000 Euro, Förderung 1,9 Mio Euro)
Umsetzung Masterplan Innenstadt (Maßnahmenplan, der in einem Mediationsverfahren mit BürgerInnen und InteressenvertreterInnen erarbeitet wurde, zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt)	KEIN GELD BEREITGESTELLT (GAL hatte 100.000 Euro für 2009 beantragt) Gelder gibt es nur für Maßnahmen, die direkt im Umgriff der neuen Kettenbrücke liegen und sich aus deren Neubau zwangsläufig ergeben.
Sanierung der Turnhalle in der Domschule	KEIN GELD BEREITGESTELLT (Verwaltung hatte 200.000 Euro für 2009 beantragt) Seit Jahrzehnten warten die DomschülerInnen auf eine hergerichtete Turnhalle.
Einbau eines behindertengerechten Aufzugs in die Villa Dessauer	KEIN GELD BEREITGESTELLT (kosten würde der Aufzug 200.000 Euro)
Sanierung der Elisabethenkirche in der Sandstraße	KEIN GELD BEREITGESTELLT Gelder werden eventuell im Rahmen des Konjunkturpakets* locker gemacht.
Sanierung Villa Remeis	KEIN GELD BEREITGESTELLT (von Verwaltung beantragt: 500.000 Euro)
Zuschuss an Verein Stadtmarketing	jährlich 72.000 Euro
Zuschuss an Bamberger Symphoniker	jährlich 1,3 Mio Euro
Zuschuss an E.T.A.-Hoffmann-Theater	jährlich 2,4 Mio Euro
Zuschuss an Stadtbücherei	jährlich 620.000 Euro
Zuschuss an Kurzfilmtage	jährlich 9.400 Euro Neu aufgrund der neuen Kulturförderrichtlinien! Bisher bekam das im 20. Jahr bestehende Festival nur eine Ausfallbürgschaft von 500 Euro jährlich.
Zuschuss an Mt. 25 Menschen in Not	jährlich ca. 11.600 Euro
Mittagsbetreuung an Bamberger Grundschulen	jährlich 22.500 Euro
Zuschuss Schul-Mittagessen für bedürftige Kinder	KEIN GELD BEREITGESTELLT (Nötig wären 200 Euro pro Schuljahr pro bedürftiges Kind – GAL-Antrag läuft.)
Jugendsozialarbeit an Schulen	267.000 Euro für drei Schuljahre (2008 bis 2011)
laufender Unterhalt für die städtischen Spiel-, Bolz- und Basketballplätze	90.000 Euro (von Verwaltung beantragt: 190.000 Euro) Deshalb müssen in diesem Jahr 7 Spielplätze aufgelassen werden, weitere 10 werden keine Spielgeräte mehr haben, 22 Tisch-Bank-Sitzgruppen verschwinden.
Personal für Betreuung Obdachloser	jährlich 29.000 Euro für eine halbe Sozialarbeiter-Stelle Nötig wäre mindestens eine Vollzeitstelle für 58.000 Euro.
Finanzierung eines Managements (Vollzeitstelle) zum Erhalt der Bamberger Gärtner	KEIN GELD BEREITGESTELLT Einmalig 30.000 Euro soll es im Rahmen der LGS geben.
Carithek – Freiwilligenzentrum der Caritas	KEIN GELD BEREITGESTELLT Carithek bemüht sich um einen jährlichen Zuschuss von 40.000 Euro.



Euro Photos: Erich Weiß

Zur Tabelle:

„**Eigenanteil der Stadt**“ gibt an, was aus dem Stadthaushalt bezahlt werden muss.

„**Gesamtkosten**“ beinhalten daneben auch noch Förderungen und Zuschüsse von Bund, Land, Bezirk usw.

* Wie hoch die Mittelbereitstellung im Rahmen des **Konjunkturpakets** der Bundesregierung ausfällt, ist noch nicht in allen Fällen entschieden.

99Z-Redaktion angeklagt: Nachspiel vor Gericht?

Die Titelstory der letzten 99Z-Ausgabe Nr. 72 „Kein Platz an der Sonne“ schlug hohe Wellen, brachte das Rathaus in Aufruhr, beschäftigte mittlerweile mehrere Gerichte und zieht in der aktuellen 99Z die nebenstehende Gegendarstellung nach sich. Die 99Z hatte über die Wohnzustände in der „Sonne“ am Steinweg 9 berichtet, den Eigentümer dafür verantwortlich gemacht und heftig bemängelt, dass die Behörden der Stadt nichts dagegen und zugunsten der Mieter unternehmen.

Dass der „Hauseigentümer G.“, der sich in seiner Gegendarstellung inzwischen selbst outet, die Sache nicht auf sich beruhen lassen würde, war klar. Er ist stadtwweit als ausgesprochen streitbar und bei Gericht wohl bekannt. Von den beiden 99Z-Autorinnen Petra Friedrich und Sylvia Schaible verlangte er per Rechtsanwalt zunächst eine Unterlassungserklärung, mehrere in dem Artikel vorgenommene Behauptungen nicht mehr aufzustellen, und forderte eine Summe von 1.150 Euro. Als die beiden Autorinnen dies verweigerten, versuchte Gagel eine einstweilige Verfügung zu erwirken, die in erster Instanz beim Landgericht Bamberg noch zurückgewiesen wurde. In zweiter Instanz beim Oberlandesgericht Bamberg jedoch bekam er in zwei von sechs beantragten Punkten Recht. Die beiden Behauptungen, die auf-

grund des Gerichtsbeschlusses derzeit zu unterlassen sind, können selbstverständlich auch an dieser Stelle in der 99Z nicht veröffentlicht werden.

Zivilgericht bestätigt: Keine Schmähkritik

Gegen vier Äußerungen der 99Z konnte sich Gagel hingegen nicht erfolgreich wehren, da sie durch die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Art. 5 Grundgesetz gedeckt sind. Die 99Z darf Roland Gagel – jedenfalls nach Lesart des Zivilsenats des Oberlandesgerichts Bamberg – also weiterhin als „skrupellosen Vermieter“ bezeichnen, der „aus der Notlage armer Menschen ein Geschäft“ und „seinen Reibach auf Kosten hilfsbedürftiger Menschen“

macht und seine Mieter „ausbeutet“. Ausdrücklich stellt das Gericht fest, dass es sich hierbei um Werturteile handelt, welche die Grenze zur Schmähkritik noch nicht überschreiten.

Aber mit einstweiligen Verfügungen wollte der „Sonne“-Eigentümer sich nicht zufriedengeben, er stellte auch noch Strafanzeige gegen Petra Friedrich und Sylvia Schaible – wegen übler Nachrede. Die Staatsanwaltschaft ermittelte und stellte tatsächlich Strafbefehl gegen die beiden Autorinnen aus. Im Gegensatz zum Oberlandesgericht bewertete das Amtsgericht zum Teil identische Aussagen völlig anders. Während das Oberlandesgericht den Autorinnen etwa weiterhin erlaubt, von einem „skrupellosen Vermieter“, „Ausbeutung“ und „Geschäftemacherei“ zu sprechen, will man sie beim Amtsgericht eben dafür bestrafen. Der Straf-

befehl lautet für beide Autorinnen auf 15 Tagessätze à 20 Euro, also eine Geldstrafe von je 300 Euro. Da aus Sicht der 99Z und ihrer Rechtsberater der Tatbestand der üblen Nachrede durch keine Äußerung in besagtem 99Z-Artikel gegeben ist, haben Friedrich und Schaible inzwischen Einspruch eingelegt, so dass es vermutlich zu einer Hauptverhandlung kommen wird.

Stadt bestätigt: Schwarzbauten

Die 99Z steht auch nach wie vor zu der Behauptung, dass es Schwarzbauten am Steinweg gab, auch wenn der Eigentümer Gagel dies als unwahr zurückweist. Dazu mag ein Zitat aus einem Antwortschreiben der Stadt auf eine GAL-Anfrage als Beweis dienen. Darin heißt es: „Mit Stand Ende September 2008 wurden in den Anwesen Steinweg 9 und 11 insgesamt elf Baueinstellungen und zehn Nutzungsuntersagungen erlassen. Vier Zwangsgelder wurden fällig gemeldet und neu angedroht sowie insgesamt zehn Bußgeldverfahren gegen Eigentümer, den Hausmeister und weitere Firmen eingeleitet. Aufgrund der Aktivitäten sah sich das Bauordnungsamt bislang mit 14 Widersprüchen und sechs Klagen beim Verwaltungsgericht konfrontiert.“

Bedauerlich ist, dass sich die Sozialbehörden der Stadt weiterhin nicht in der Lage sehen, den BewohnerInnen der Sonne gegen ausbeuterische Wohnbedingungen zu helfen. Mit gewissem Recht argumentiert man im Rathaus, dass man nur dort eingreifen könne, wo man zu Hilfe gerufen werde, und dass die Mietverhältnisse privatrechtliche Angelegenheiten seien, in die sich der Staat nicht einmischen dürfe. Den Anstoß zu einer Veränderung müssten die BewohnerInnen also selbst geben, sonst passiert nichts. Insofern schießt die Zielformulierung im Leitbild der Stadt (siehe Kasten) leider über die harte Realität hinaus. sys

Gegendarstellung zum Bericht in der 99Z (Grün-Alternative Zeitung), Ausgabe Nr. 72, September 2008

In der „Grün Alternativen Zeitung“, Ausgabe Nr. 72 (September 2008) ist auf der Titelseite ein Beitrag unter der Überschrift „Kein Platz an der Sonne“ enthalten. Der Beitrag enthält mehrere unrichtige Behauptungen, die ich wie folgt richtigstelle:

1. Unwahr ist, dass der „Immobilieninvestor G.“ den städtischen Stellen „mitteilen“ ließ, „dass er keine Zurweisungen von Wohnungssuchenden durch das Amt mehr möchte“.

2. Unwahr ist, dass das Anwesen Steinweg 9 unter dem neuen Eigentümer ohne baurechtliche Genehmigung „fleißig „ausgebaut““, dass das Dachgeschoss zu Studentenwohnungen und eine Garage im Hinterhof „zum zweigeschossigen „Apartmenthaus“ ausgebaut“ worden sein soll.

3. Unwahr ist auch, dass Zimmer, die „offiziell für Einzelpersonen ausgelegt“ sind, „von Paaren“ bewohnt werden sollen, und dass sich „vier bis sechs Leute eine Küche am Flurende, mit einem Waschbecken als Sani-

täreinrichtung“ teilen sollen. Wahr ist, dass jedes der vermieteten Zimmer nur von einer Person bewohnt wird. In jedem Zimmer befindet sich eine eigene Kochgelegenheit, eine Gemeinschaftsküche existiert in der Wohnanlage nicht. Es sind lediglich Gemeinschaftsduschen und -WCs vorhanden.

4. Unwahr ist außerdem, dass in einem Gang ein „Matratzenlager“ existieren und dass im Gewölbekeller „ein Mann auf seiner Matratze“ wohnen und dort zugleich seine Werkstatt haben soll.

5. Unwahr ist auch, dass es im rückwärtigen Teil des Anwesens „keinen zulässigen Fluchtweg“ geben soll.

6. Unwahr ist des Weiteren, dass durch einen Baukontrolleur „illegale Baumaßnahmen“ eingestellt worden sein sollen. Wahr ist, dass nur eine unzulässige Baumaßnahme eingestellt wurde, die zudem durch einen Mieter – und nicht durch die nunmehrigen Eigentümer des Anwesens – ausgeführt wurde.

Wahr ist vielmehr, dass kein Matratzenlager existiert. Es gibt nur vermietete Apartments. Im Keller befindet sich keine Werkstatt. Wahr ist vielmehr, dass kein Matratzenlager existiert. Es gibt nur vermietete Apartments. Im Keller befindet sich keine Werkstatt.

Bamberg, den 18.9.08
gezeichnet Roland Gagel

Großer Informationsbedarf rund um den Bahnhof

Viel Zulauf gab es für das GAL-Bürgerbüro, das die grüne Stadtratsfraktion in der Zeit vom 4. bis 9. Mai in der Luitpoldstraße 25 (ehemaliger Friseurladen direkt neben dem Odeon-Kino) eingerichtet hatte. Vorgestellt wurde der Rahmenplan für die Weiterentwicklung des Bahnhofsgeländes, und zahlreiche interessierte BürgerInnen, NachbarInnen und PassantInnen nutzten die Gelegenheit, um sich zu informieren und Fragen zu stellen.

Thematisiert wurde der Verkehr, insbesondere die zukünftige Gestaltung der Luitpoldstraße, die als Straßenraum aufgewertet werden soll, mit breiteren Gehsteigen und Fahrradwegen. Dass die Zollnerunterführung künftig nur noch zu Fuß und per Rad nutzbar sein soll, wurde kontrovers diskutiert. Einhelliger Wunsch aller BesucherInnen war hingegen „endlich“ die Fußgängerunterführung zwischen Bahnhof und Brennerstraße, wobei viele vorschlugen, den Durchstich doch gleich bis zum Bahnhofsplatz bzw. bis vor das Post-



PLANEN & REDEN statt WASCHEN & LEGEN: GAL-Bürgerbüro im Friseurladen
Photo: sys

gebäude weiterzuführen. Überhaupt warteten viele BürgerInnen darauf, dass die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes endlich vorankommt.

Die geplante Bebauung von Hinterhöfen, im Plan als Sanierungsobjekt ausgewiesene Häuser und für einen möglichen Abriss vorgesehene Gebäude

riefen viele AnwohnerInnen auf den Plan. Sie befürchteten eine Überplanung ihrer Anwesen ohne ihre Beteiligung, wünschten sich mehr Informationen von der Stadt und fragten, ob es nun von Vorteil oder von Nachteil für sie sei, zum Untersuchungsgebiet zu gehören.

Festzustellen war ein großes Bedürfnis an niederschwelliger Information. „Warum macht eigentlich nicht die Stadt selbst ein solches Büro?“, war eine der häufigsten Fragen, die verwunderte BürgerInnen der GAL stellten. Tatsächlich läuft derzeit die offizielle Bürgerbeteiligung der Stadt zum Rahmenplan, der im Stadtplanungsamt (Untere Sandstraße 34) einzusehen ist. Die GAL hat noch einige Restexemplare des Plans, die sie zum Selbstkostenpreis von 6 Euro verkauft (Tel. 23777).

sys/us

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

...natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.



BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Sanfte Natürliche Medizin

Traditionelle Chinesische Medizin

Akupunktur
Chinesische Kräuterheilkunde
Mesotherapie

Praxis am Hain
DR. MED. ANGELIKA HILD-SCHMIDT
ANÄSTHESISTIN | NATURHEILVERFAHREN | AKUPUNKTUR
SCHÜTZENSTRASSE 10B
96047 BAMBERG
TEL 0951 2 08 44 66
WWW.PRAXIS-AM-HAIN.DE

Die Möwe von Utopia Velo: Bequemer Alltagsluxus.

utopia velo

Utopia Velo baut seit 25 Jahren individuelle Räder höchster Qualität. Die Rahmen entstehen in Handarbeit und vereinen höchste Tragfähigkeit mit maximalem Fahrkomfort. Zudem ist Utopia der erste und einzige Hersteller von Reise- und Trekking-Rädern, der alle Modelle mit dem Sicherheitszeichen velotech.de-GS auszeichnen darf.

Die Möwe ist ein Stadt- und Tourenrad mit tiefem Einstieg, Aufrecht oder leicht geneigt sitzend kann man den guten Geradeauslauf des besonders langen Rahmens genießen. Die Ausstattung der Möwe bestimmen allein Sie: Utopia baut traditionell Ihr Traumrad auf Bestellung. Unser Testrad wartet auf eine ausführliche Probefahrt, gerne auch übers Wochenende!

radladen Bamberg

Markusstraße 12 | 0951 - 57853
NEU: Werkstatt 0951 - 40 88 717
www.rادلaden-bamberg.de

Nachrichten aus dem Vorstand

BEI DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG im April gab es bei der GAL Nachwahlen für den Vorstand. Adelheid Rehmann ist neue Schatzmeisterin. Die 26-Jährige kam für ihr Masterstudium nach Bamberg und fühlte sich von Anfang an in der fränkischen Kultur zu Hause. Auch schon vor ihrem Umzug nach Bamberg hat sich die zukünftige Volkswirtin im Bereich Jugend- und Europapolitik engagiert. Adelheid Rehmann kommt ursprünglich aus Schwaben, absolvierte in Maastricht ihr Bachelorstudium und sammelte ihre ersten Berufserfahrungen in einem Think Tank in Berlin.

Christoph Götschel ist seit 1997 grünes Mitglied und seit 2004 Bamberger und in der GAL. Als Bauingenieur war er 17 Jahre lang in mehreren mittelfränkischen Büros mit Planungen im kommunalen Tiefbau und der Umwelttechnik tätig. Seit 2006 beschäftigt er sich hauptsächlich mit Erneuerbaren Energien, insbesondere Photo-



Neue Vorstandsmitglieder Adelheid Rehmann und Christoph Götschel beim Plakatekleben

voltaik. Ihn interessiert besonders die Thematik Klima/Ressourcen/Energie sowie alle Dinge rund um die kommunale Infrastruktur und Verkehrspolitik, aber auch wirtschaftspolitische Fragen.

Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Greti Steinmüller und Peter Zorn. Weiterhin im GAL-Vorstand amtierend Cigdem Wnendt, Petra Friedrich und Sylvia Schaible. Dorothea Schoppek ist Kreisgeschäftsführerin. sys

Termine

Donnerstag, 28. Mai 2009:
Stammtisch-GAL-Plenum in gemütlicher Runde
Spezial-Keller Oberer Stephansberg

Samstag, 30. Mai 2009:
Großauftakt der Kampagne „Kopf an – Motor aus – Für null CO2 auf Kurzstrecken“
GAL am Gabelmann

Samstag, 13. Juni 2009, 11 Uhr:
Café Grün
Café DaCaBo am Heumarkt

Samstag, 20. Juni 2009, 11 Uhr:
„Wie weiter in Afghanistan?“
Veranstaltung mit Winfried Nachtwei, Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik der grünen Bundestagsfraktion im Rahmen der Bezirksversammlung der oberfränkischen Grünen in Bamberg Neues Palais, Luitpoldstr. 40a

Donnerstag, 25. Juni 2009, 19.30 Uhr:
GAL-Plenum



Am 7. Juni ist Europawahl
www.bayern.gruene.de

Kontakt zur GRÜNEN JUGEND Bamberg:

Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat im GAL-Büro, Unterer Kaulberg 22, 96049 Bamberg
gj.bamberg@googlemail.com

Impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa (us), Cigdem Wnendt

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Lisa Badum, Peter Gack (pega), Julian Kalks, Christoph Mann

Photos: Volker Ehnes, Christoph Götschel, Max Schaible, Sylvia Schaible, Erich Weiß
Karikatur: Christiane Pfohlmann
Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg
Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 20.000
Nr. 73 / Mai/Juni 2009

99Z euse was Sie im FT nicht lesen können

Mindestlohn-Debatte fand hinter verschlossenen Türen statt

In der letzten 99Z-Ausgabe Nr. 72 berichteten wir unter der Überschrift „Oberbürgermeister Starke: Maximaldistanz zum Mindestlohn“ wie sich der OB gegen eine Selbstverpflichtung sträubte, in städtischen Betrieben und Unternehmen Mindestlöhne zu zahlen. Insbesondere wollte Starke verhindern, dass dies zum öffentlichen Thema gemacht wird. Wäre es doch peinlich für einen Oberbürgermeister, sich bei der 1.Mai-Kundgebung öffentlich in die Unterschriftenliste des DGB für Mindestlöhne einzutragen, und dann in einer öffentlichen Stadtratssitzung gegen eine Mindestlohngrenze in den eigenen Einrichtungen zu stimmen.

Dieses Dilemma blieb dem OB nun tatsächlich erspart. Obwohl die GAL-Stadtratsfraktion die Regierung von Oberfranken als Rechtsaufsichtsbehörde einschaltete, bekam

der OB Recht mit seinem Argument, der Tagesordnungspunkt Mindestlöhne würde Daten enthalten, die geheimhaltungspflichtig seien und deshalb nur nichtöffentlich besprochen werden können.

Wenn auch von Bayreuth abgesehen, so ist die Begründung dafür ebenso konstruiert wie zweifelhaft. Im Schreiben der Regierung von Oberfranken heißt es: „Es muss jedoch ausgeschlossen werden, dass die in der Vorlage genannten Stundenlöhne einen Rückschluss auf das Einkommen einzelner Beschäftigter ermöglichen können und die Beantwortung möglicher Rückfragen die Rechte Einzelner berühren könnte.“

Doch ist für die Debatte gar nicht von Belang welche/ einzelne Beschäftigte wie viel verdienen oder gar, welches Einkommen er/sie darüber hinaus noch hat. Es gäbe gar keinen

Grund, dies überhaupt zur Sprache zu bringen. Es geht vielmehr um eine Grundsatzentscheidung und eine Vorbildfunktion der Stadt als Arbeitgeberin. Aber dies ist offenbar nicht gewünscht – und schon gar nicht in aller Öffentlichkeit.

Der GAL-Antrag auf Mindestlöhne in städtischen Betrieben wurde deshalb im April im nichtöffentlichen Personaleinsatz besprochen. Laut Verwaltung erhalten ohnehin alle Beschäftigten mehr als den von der GAL beantragten Mindestlohn von 8,10 Euro – eine Selbstverpflichtungserklärung sei deshalb nicht nötig. Sie aber als öffentlichkeitswirksames Signal für den Arbeitsmarkt trotzdem abzugeben, diesen Vorschlag der GAL wollten OB und Stadtratsmehrheit dann aber doch nicht folgen. Warum eigentlich? sys

CSU will Hallenbad am Margaretendamm attraktiver machen – hä?????

Nicht einmal drei Monate, nachdem die CSU den 40 Millionen schweren Neubau eines Hallenbads am Stadion zusammen mit Oberbürgermeister und SPD im Stadtrat durchgesetzt hat, kommt eben dieselbe CSU darauf, dass es im bestehenden Hallenbad am Margaretendamm noch enorme Verbesserungsmöglichkeiten gibt. In einem Antrag rechnet CSU-Stadtrat Seitz vor, dass das Angebot von 10.000 Schulschwimmstunden im Jahr um 25% angehoben werden könnte, wenn

man nicht immer montags bis 12 Uhr das komplette Hallenbad zu Reinigungszwecken schließen würde.

Jungejunge, hätte die CSU mal schon im Juni 2007 die Sonder-99Z Nr. 69 gelesen. Darin hat die GAL bereits aufgedeckt, wie durch unwilliges Management die Leistungsfähigkeit des Hallenbads am Margaretendamm schlecht gerechnet wurde, um die „unabweichliche Notwendigkeit“ eines Neubaus zu begründen. Allein schon die Öffnungszeiten, die ja völlig unabhän-

gig vom Gebäude festgelegt werden können, machen einen enormen Unterschied aus. Das neue Hallenbad am Stadion wird an 350 Tagen im Jahr und an 15 Stunden pro Tag seine Tore öffnen. Derzeit kann man am Margaretendamm nur an 320 Tagen und jeweils durchschnittlich 11,7 Stunden schwimmen. Toll, dass die CSU jetzt auch darauf kommt, wie viel Potential in diesem Bau noch stecken könnte. Na, dann mal weiter so beim Erkenntnis-Plantschen ... sys

Best of GAL
Anträge und was aus ihnen wurde

Förderung für Bamberger Gärtner

Im März beschloss der Stadtrat, im Rahmen der Landesgartenschau Maßnahmen zum Erhalt der Bamberger Gärtnerstadt zu finanzieren. Insgesamt 30.000 Euro sollen dafür bereit gestellt werden. Die Gärtnerflächen in der Nord- und Südflur sollen im Flächennutzungsplan als solche weiterbestehen. Ein „Kümmerer“ in der Stadtverwaltung wird als Ansprechpartner installiert. Und das wirtschaftliche Auskommen der Gärtnerbetriebe soll durch Direktvermarktung und ein professionelles Marketing unterstützt werden. Auch eine vertragliche Abnahme von Produkten aus Bamberger Gärtnereien durch städtische Betriebe und Kantinen wird angestrebt.

Bei diesem Verwaltungsvorschlag hat die GAL-Stadtratsfraktion gerne die Hand gehoben. Nicht nur im März 2009, sondern auch schon mal im Jahr 1997. Damals stellte die GAL-Stadträtin Gertrud Leumer, selbst Gärtnerin in Bamberg, einen inhaltlich fast gleichlautenden Antrag – allerdings mit weitaus weniger Erfolg. Damals entstand aufgrund des GAL-Antrags nur ein Handzettel mit den Adressen der Gärtnereibetriebe, und eine dürftige Empfehlung an die Großküchen wurde ausgesprochen. Diesmal immerhin fließt richtig Geld.

Bleibt zu hoffen, dass man bei der Vermarktung auch noch auf den ökologischen Aspekt kommt, den die GAL schon 1997 im Zentrum eines städtischen Förderprogramms sehen wollte. Denn „Bamberger Bio“ schmeckt nicht nur, sondern verkauft sich auch gut. sys

Kommentar

Julian Kalks Streuobstwiesen warten auf Einhaltung des Versprechens

Im Dezember 2008 wurde der größte Teil der Obstbäume auf dem zukünftigen Weinberg gerodet und mit Erdarbeiten für die Anlage begonnen. Dieser Bau des Weinbergs für die Landesgartenschau 2012 ruft eine Zerstörung der Streuobstwiese am Michelsberg hervor.

Der geplante Weinberg hatte zu einer erbitterten Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern geführt, der in einem Antrag auf einen Bürgerentscheid gipfelte. Durch den visionären Antrag von Prof. Dr. Hubel zeigten sich die beiden Parteien wieder kompromissbereiter. Dieser hatte in dem Antrag Perspektiven aufgezeigt, wie die Klosterlandschaft einschließlich Weinberg durch konsequente Pflege der zahlreichen im Umfeld noch erhaltenen Streuobstwiesen aufgewertet und nachhaltig bewahrt werden kann.

Auf dieser Grundlage wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der festlegte, dass die 60.000 Euro, die ein Bürgerentscheid gekostet hätte, für den Erhalt der übrigen Streuobstwiesen im Berggebiet eingesetzt werden sollten. Das rief bei den anfänglichen Weinberggegnern viel Entgegenkommen hervor.

Doch nun löste eine Ruhepause dieses Engagement ab. Es liegt immer noch kein Plan vor, wie das Geld sinnvoll investiert werden kann, um die Zerstörung dieser Streuobstwiese auszugleichen. Wenn die Stadt nicht ihre Glaubwürdigkeit verspielen will, muss sie nun ein Konzept zur tatsächlich spürbaren nachhaltigen Sicherung der Streuobstbestände entwickeln.

Die Grüne Jugend Bamberg fordert daher ein Konzept der Stadt Bamberg, das auf die oben genannten Forderungen eingeht. Die Stadt soll nun ihr Versprechen halten und schnellstmöglich handeln.

Julian Kalks
(Grüne Jugend Bamberg, Landesarbeitskreis Ökologie)

